



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

Brüssel, den 21.11.2022
C(2022) 8301 final

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 21.11.2022

**über die Finanzierung des Jahresaktionsplans 2022 für St. Pierre und Miquelon,
Neukaledonien und die Fazilität für technische Zusammenarbeit zugunsten der
überseeischen Länder und Gebiete**

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS DER KOMMISSION

vom 21.11.2022

über die Finanzierung des Jahresaktionsplans 2022 für St. Pierre und Miquelon, Neukaledonien und die Fazilität für technische Zusammenarbeit zugunsten der überseeischen Länder und Gebiete

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Juli 2018 über die Haushaltsordnung für den Gesamthaushaltsplan der Union, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 1296/2013, (EU) Nr. 1301/2013, (EU) Nr. 1303/2013, (EU) Nr. 1304/2013, (EU) Nr. 1309/2013, (EU) Nr. 1316/2013, (EU) Nr. 223/2014, (EU) Nr. 283/2014 und des Beschlusses Nr. 541/2014/EU sowie zur Aufhebung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 966/2012¹, insbesondere auf Artikel 110,

gestützt auf den Beschluss (EU) 2021/1764 des Rates vom 5. Oktober 2021 über die Assoziierung der überseeischen Länder und Gebiete mit der Europäischen Union einschließlich der Beziehungen zwischen der Europäischen Union einerseits und Grönland und dem Königreich Dänemark andererseits², insbesondere auf die Artikel 81 und 82, wonach Artikel 23 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2021/947 Anwendung findet,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Damit die Durchführung des Jahresaktionsplans für St. Pierre und Miquelon, Neukaledonien und der Fazilität für technische Zusammenarbeit zugunsten der überseeischen Länder und Gebiete (ÜLG) für 2022 gewährleistet werden kann, ist die Annahme eines jährlichen Finanzierungsbeschlusses erforderlich, der das Arbeitsprogramm für das Jahr 2022 darstellt. In Artikel 110 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 (im Folgenden „Haushaltsordnung“) sind ausführliche Vorschriften für Finanzierungsbeschlüsse festgelegt.
- (2) Bei der geplanten Unterstützung sind die Bedingungen und Verfahren einzuhalten, die im Rahmen der nach Artikel 215 AEUV erlassenen restriktiven Maßnahmen³ festgelegt sind.
- (3) Die in diesem Beschluss vorgesehene Maßnahme trägt zur durchgängigen Berücksichtigung von Klimabelangen und der biologischen Vielfalt im Einklang mit dem europäischen Grünen Deal⁴ und der Interinstitutionellen Vereinbarung⁵ bei.

¹ ABl. L 193 vom 30.7.2018, S. 1.

² ABl. L 355 vom 7.10.2021, S. 6.

³ www.sanctionsmap.eu. Die Weltkarte der Sanktionen ist ein IT-Tool für die Erfassung von Sanktionsregelungen. Die Sanktionen beruhen auf den im Amtsblatt veröffentlichten Rechtsakten. Bei Abweichungen ist das Amtsblatt maßgebend.

⁴ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Der europäische Grüne Deal, COM(2019) 640 final.

⁵ Interinstitutionelle Vereinbarung vom 16. Dezember 2020 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission über die Haushaltsdisziplin, die

- (4) Die Kommission hat die Mehrjahresrichtprogramme für St. Pierre und Miquelon und Neukaledonien für den Zeitraum 2021-2027 angenommen⁶, in denen folgende Prioritäten festgelegt sind: nachhaltiger Tourismus (Saint-Pierre und Miquelon) und Energiewende (Neukaledonien).
- (5) Die Ziele des gemäß dem Beschluss (EU) 2021/1764 zu finanzierenden Jahresaktionsplans bestehen darin, einen Beitrag zum ökologischen Übergang und zur Resilienz von St. Pierre und Miquelon und Neukaledonien zu leisten, wie auch in ihren Mehrjahresrichtprogrammen (MRP) vorgesehen, und die Partnerschaft zwischen der EU und den ÜLG durch die Mobilisierung einer flexiblen und bedarfsorientierten Fazilität für technisches Fachwissen und technische Unterstützung zu fördern.
- (6) Die Maßnahme „Budgethilfeprogramm für nachhaltigen Tourismus in Saint-Pierre und Miquelon“ zielt darauf ab, die Umsetzung der Strategie von Saint-Pierre und Miquelon zu unterstützen, das Gebiet zu einem nachhaltigen Reiseziel zu machen und den Beitrag des Tourismussektors zur lokalen Wirtschaft zu erhöhen.
- (7) Die Maßnahme „Budgethilfeprogramm für die Energiewende in Neukaledonien“ zielt darauf ab, die Umsetzung der neukaledonischen Energiewendestrategie zu unterstützen. Zu diesem Zweck sollen mit der Maßnahme der Bergbausektor umweltfreundlicher gestaltet, die Dekarbonisierung der Mobilität angestrebt und die Nachhaltigkeit und Resilienz des Gebiets gestärkt werden.
- (8) Die Maßnahme mit dem Titel „Fazilität für technische Zusammenarbeit mit den ÜLG“ zielt darauf ab, die Kapazitäten der ÜLG zu stärken, sich am Politikdialog zwischen der EU und den ÜLG zu beteiligen und Strategien, Regulierungsrahmen und Kooperationsprogramme zu formulieren und umzusetzen.
- (9) Gemäß Artikel 81 des Beschlusses (EU) 2021/1764 sind die in den Anhängen I und II dargelegten Maßnahmen im Wege der indirekten Mittelverwaltung durchzuführen.
- (10) In Bezug auf Stellen und Personen, die mit der indirekten Verwaltung von Unionsmitteln betraut sind, hat die Kommission sicherzustellen, dass die finanziellen Interessen der Union in dem in Artikel 154 Absatz 3 der Haushaltsordnung vorgesehenen Maße geschützt werden.

Zu diesem Zweck sind die Systeme und Verfahren dieser Stellen und Personen nach Artikel 154 Absatz 4 der Haushaltsordnung⁷ zu bewerten und erforderlichenfalls nach Artikel 154 Absatz 5 der Haushaltsordnung geeigneten Aufsichtsmaßnahmen zu unterziehen, bevor eine Beitragsvereinbarung unterzeichnet werden kann.

- (11) Es ist notwendig, die Zahlung von Verzugszinsen gemäß Artikel 116 Absatz 5 der Haushaltsordnung vorzusehen.
- (12) Im Interesse einer flexiblen Durchführung des Aktionsplans sollten Änderungen zugelassen werden, die für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung nicht als substantiell anzusehen sind.

Zusammenarbeit im Haushaltsbereich und die wirtschaftliche Haushaltsführung sowie über neue Eigenmittel, einschließlich eines Fahrplans im Hinblick auf die Einführung neuer Eigenmittel (ABl. L 433I vom 22.12.2020, S. 28).

⁶ Durchführungsbeschluss der Kommission zur Annahme von neun Mehrjahresrichtprogrammen für überseeische Länder und Gebiete für den Zeitraum 2021-2027, C(2021) 9164 final vom 15.12.2021.

⁷ Außer in Fällen gemäß Artikel 154 Absatz 6 der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046, wonach die Kommission beschließen kann, keine Ex-ante-Bewertung zu verlangen.

- (13) Der nach Artikel 90 des Beschlusses (EU) 2021/1764 eingesetzte Ausschuss hat keine Stellungnahme zu dem in dem vorliegenden Beschluss vorgesehenen Aktionsplan abgegeben —

BESCHLIEßT:

Artikel 1 *Der Aktionsplan*

Der jährliche Finanzierungsbeschluss, der den in den Anhängen dargelegten Jahresaktionsplan für die Durchführung der Maßnahmen für St. Pierre und Miquelon und Neukaledonien und der Fazilität für technische Zusammenarbeit zugunsten der überseeischen Länder und Gebiete für das Jahr 2022 darstellt, wird angenommen.

Der Aktionsplan umfasst die folgenden Maßnahmen:

- a) Budgethilfeprogramm für nachhaltigen Tourismus in Saint-Pierre und Miquelon gemäß Anhang I,
- b) Budgethilfeprogramm für die Energiewende in Neukaledonien gemäß Anhang II,
- c) Fazilität für technische Zusammenarbeit mit den ÜLG gemäß Anhang III.

Artikel 2 *Beitrag der Union*

Der Höchstbeitrag der Union für die Durchführung des Aktionsplans für das Jahr 2022 beläuft sich auf 58 900 000 EUR und wird aus Mitteln finanziert, die unter den folgenden Haushaltslinien des Gesamthaushaltsplans der Union eingestellt wurden:

- a) Haushaltslinie BGUE-B2022-14.050200.01-C2-INTPA: 3 170 651 EUR (für die in Anhang I aufgeführte Maßnahme),
- b) Haushaltslinie BGUE-B2022-14.050200.01-C1-INTPA: 54 729 349 EUR (für die in den Anhängen I und II aufgeführte Maßnahme),
- c) Haushaltslinie BGUE-B2022-14.050100.02-C1-INTPA: 1 000 000 EUR (für die in Anhang III aufgeführte Maßnahme),

Die in Absatz 1 genannten Haushaltsmittel können auch Verzugszinsen abdecken.

Artikel 3 *Art des Haushaltsvollzugs und mit dem Vollzug betraute Stellen oder Personen*

Die Maßnahmen, die nach Maßgabe der Anhänge in indirekter Mittelverwaltung umgesetzt werden, können Stellen oder Personen übertragen werden, die unter Nummer 4.4.2 von Anhang I und unter Nummer 4.4.1 von Anhang II genannt sind oder nach den dort festgelegten Kriterien ausgewählt wurden.

Artikel 4 *Flexibilitätsklausel*

Mittelaufstockungen oder Mittelkürzungen von bis zu 10 Millionen EUR, die 20 % des in Artikel 2 Absatz 1 genannten Beitrags nicht übersteigen, oder Änderungen der Mittelzuweisungen für einzelne Maßnahmen, die in der Summe 20 % dieses Beitrags nicht

übersteigen⁸, sowie Verlängerungen des Umsetzungszeitraums gelten nicht als substantiell für die Zwecke des Artikels 110 Absatz 5 der Haushaltsordnung, wenn sie sich nicht wesentlich auf die Art und die Ziele der Maßnahmen auswirken.

Der zuständige Anweisungsbefugte kann die in Absatz 1 genannten Änderungen vornehmen. Derartige Änderungen werden im Einklang mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit der Haushaltsführung und der Verhältnismäßigkeit vorgenommen.

Brüssel, den 21.11.2022

*Für die Kommission
Jutta URPILAINEN
Mitglied der Kommission*

⁸ Solche Änderungen können sich beispielsweise daraus ergeben, dass nach der Annahme des Finanzierungsbeschlusses zweckgebundene Einnahmen verfügbar werden.